

## Bericht

des Finanzüberwachungsausschusses und Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung  
(Nr. 387 der Beilagen) betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes  
Salzburg für das Haushaltsjahr 2019

Der Finanzüberwachungsausschuss und der Finanzausschuss haben sich in der Sitzung vom 24. Juni 2020 mit der Vorlage, dem Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2019, dem Transferbericht für das Haushaltsjahr 2019 (beide abrufbar unter <https://www.salzburg.gv.at/themen/finanzen/2019>) sowie dem Bericht des Landesrechnungshofes betreffend den Rechnungsabschluss 2019 befasst.

Eingangs weist Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl darauf hin, dass er schon einmal die Gelegenheit gehabt habe, dem Landtag eine erste Einschätzung zu geben, wie sich die Corona-Pandemie auf den Landeshaushalt, sowohl den laufenden als auch den zukünftigen, auswirken werde. Er könne deshalb noch einmal wiederholen, dass das Jahr 2019 wohl zunächst einmal das letzte Jahr gewesen sein werde, in dem man ein so positives Ergebnis am Jahresende zu verzeichnen habe. Man habe 2019 ein sehr gutes Finanzjahr gehabt. Der Budgetvollzug sei sehr positiv gewesen und man habe einen positiven Saldo von € 17 Mio. erwirtschaften können. Der Schuldenabbau habe in Summe € 132 Mio. betragen. Diesen politischen Weg habe man wie in den Jahren zuvor weiter verfolgt in Richtung finanzielle Stabilität, Abbau der Schulden und somit Gewinn von entsprechendem finanziellen Handlungsspielraum für Regierung und Landtag. Darüber hinaus habe man auch bei der Messegesellschaft € 10 Mio. an Schulden abgebaut, womit auch dort die Handlungsfähigkeit verbessert worden sei. Dieser konsequente Weg der letzten Jahre, die Schulden abzubauen und auf einen finanziell gesunden Haushalt zu achten, eröffne nun die entsprechenden Handlungsspielräume, die notwendig seien, um die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie hoffentlich einigermaßen bewältigen zu können. Im Rechnungsabschluss 2019 seien Einzahlungen in der Höhe von € 2,923 Mrd. und Auszahlungen in der Höhe von € 2,806 Mrd. ausgewiesen. Das ergebe einen positiven Saldo von € 117 Mio. Der Schuldenstand des Landes habe dadurch auf € 1,334 Mrd. verringert werden können. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Salzburgerinnen und Salzburger habe somit wieder gesenkt werden können. Man stehe derzeit bei einer Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von € 2.400,--. Das sei deutlich unter dem Österreichdurchschnitt, der bei etwa € 3.000,-- liege. Im Finanzierungshaushalt habe man ursprünglich ein Minus von € 19,8 Mio. prognostiziert. Dem gegenüber stünden aber der bereits erwähnte positive Saldo von € 117 Mio. In Summe ergebe sich somit ein Plus von € 137,2 Mio. gegenüber dem Voranschlag. Er erinnere daran, dass beim Beschluss für das Budget für das Jahr 2019 angekündigt worden sei, dass man dieses Minus von € 19,8 Mio. aufgrund der guten Liquidität des Landes entsprechend verkraften könne, sodass trotzdem ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden habe

können. Nun habe man im Budgetvollzug 2019 sogar erreicht, dass aus einem Minus von € 19,8 Mio. ein Plus von € 117 Mio. geworden sei. Im Ergebnishaushalt sehe es auf den ersten Blick zunächst etwas dramatisch aus, weil anstelle des budgetierten Minus von € 32,2 Mio. ein Minus in Höhe von € 442 Mio. ausgewiesen sei. Das habe damit zu tun, dass man bei den Pensionsrückstellungen eine entsprechende Erhöhung vorgenommen habe. In dieser Summe sei die Rückstellung für die Pensionen aller Landesbeamtinnen und Landesbeamten für die nächsten 30 Jahre beinhaltet. Weiters habe sich auch rein buchhalterisch ausgewirkt, dass zukünftige Zahlungsverpflichtungen für Investitionsprojekte mit entsprechenden Rückstellungen dotiert worden seien. Auch wenn ein Projekt erst in Zukunft umgesetzt werde, sei bereits in dem Jahr, in dem der entsprechende Beschluss gefasst werde, die entstehende Zahlungsverpflichtung, sozusagen als eine Art Vorzieheffekt, budgetwirksam. Dadurch erscheine das Minus im Ergebnishaushalt auf den ersten Blick entsprechend hoch. Im Budgetvollzug habe man auf der einen Seite mehr Einnahmen erzielt, auf der anderen Seite habe man jedoch auch mehr Ausgaben gehabt, teilweise aber auch Minderausgaben verzeichnet. Wesentliche Mehreinnahmen habe man vor allem bei den Bundesertragsanteilen feststellen können. Die Wirtschaft sei im Jahr 2019 sehr gut gelaufen, sodass man rund € 22 Mio. mehr an Ertragsanteilen vom Bund überwiesen bekommen habe. Bei den Rückzahlungen von Wohnbauraharlehen sei eine Summe von € 137 Mio. erzielt worden. Im Bereich der Burgen und Schlösser habe man aufgrund höherer Besucherzahlen ebenfalls mit einem Plus von € 2,6 Mio. abgeschlossen. Andererseits habe man wesentlich mehr Ausgaben im Finanzierungshaushalt gehabt. Die Gesellschafterzuschüsse bei der Messe hätten - wie zuvor erwähnt - € 10 Mio. betragen. Weiters habe man für den Bau des Landes-Dienstleistungszentrums in der Nähe des Bahnhofes ein Grundstück angekauft. Außerdem habe man entsprechende Zuschüsse für Krankenhausprojekte geleistet. Das Kardinal Schwarzenberg Klinikum habe mit der Umsetzung des Masterplans begonnen, das Tauernklinikum mit dem Ausbau bzw. der Generalsanierung des Standortes Mittersill. Auch am Standort des Krankenhauses Zell am See werde entsprechend mit € 11. Mio. weiter ausgebaut. Dies betreffe einerseits Abteilungserweiterungen, aber auch das Verwaltungsgebäude. Minderausgaben hätten sich insbesondere in der Grundversorgung, aber auch beim Sachaufwand ergeben. Hier sei man sehr sparsam gewesen, sodass ein Plus von etwa € 24 Mio. habe erwirtschaftet werden können. Insgesamt seien somit die Schulden um rund € 132 Mio. reduziert worden. Mit 31. Dezember 2019 habe das Land dadurch den Gesamtschuldenstand auf € 1,334 Mrd. reduzieren können. Sehr erfreulich sei auch das Maastricht-Ergebnis für das Jahr 2019. Auch hier habe man ursprünglich im Budget mit einem relativ satten Minus gerechnet. Es sei aber wie auch in den Jahren davor wieder gelungen, das Minus in ein Plus umzudrehen. Bei einer Regelgrenze von minus € 25 Mio. sei ein Plus von € 10,2 Mio. zu verzeichnen gewesen. Dadurch habe man eine Gesamtverbesserung des Maastricht-Ergebnisses auf rund € 35,2 Mio. erwirtschaften können. Das bedeute, dass das Land auf seinem Kontrollkonto eine entsprechende Erhöhung geschafft habe. Das sei ein gutes Polster, sollte man bei den nächsten Budgets wieder Probleme mit den Maastricht-Kriterien bzw. dem Stabilitätspakt bekommen. Aufgrund der Corona-Pandemie sei allerdings nicht unwahrscheinlich, dass die Maastricht-Kriterien und die Vorgaben des Stabilitätspaktes ohnehin neu beurteilt würden. Wenn man die Richtlinien für das Budget 2021 bekomme, werde man

mehr wissen und zu überlegen haben, wie diese umzusetzen seien. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl ruft in Erinnerung, dass er dem Landtag bereits einen entsprechenden Finanzbericht über die Auswirkungen der Covid-Pandemie vorgelegt habe. Er könne daher heute nochmals in ähnlicher Weise berichten. Im Grunde genommen habe sich von den Zahlen her nicht viel geändert seit dem letzten Bericht, weil bis dato noch nicht sehr viele Abrechnungen vorgelegt worden seien. Die meisten Abrechnungen habe man bisher vom Roten Kreuz erhalten, aber viele andere Leistungen seien noch nicht abgerechnet. Die Krankenhäuser seien bis dato noch aus eigener Kraft in der Lage gewesen, ihre Verbindlichkeiten zu bedienen. Viele Liquiditätsengpässe würden erst in den nächsten Monaten auftauchen. Insofern habe sich im Vergleich zum letzten Finanzbericht von den Zahlen her kaum etwas geändert. Die Rechnungen, die bisher eingelangt seien, beträfen einerseits etwa Testungen oder den Ankauf von Schutzbekleidung, aber auch die Zurverfügungstellung von Personal durch private Kliniken oder Reha-Einrichtungen. Hier seien schon entsprechende Zahlungen geleistet worden. Vor der Sommerpause werde er aber auf jeden Fall noch die Gelegenheit wahrnehmen und noch einmal einen Bericht erstatten. Man erwarte, für Sommer/Herbst größere Summen für Ausgaben der Spitäler zur Verfügung stellen zu müssen. Er weise darauf hin, dass auf das Land Salzburg und die Landesregierung mit 1. Juli sehr viel Arbeit zukommen werde. Landeshauptmann Dr. Haslauer werde dann den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz übernehmen. Er selbst werde den Vorsitz sowohl bei den Finanz- als auch den Gesundheitsreferenten übernehmen. Das zweite Halbjahr 2020 werde im Finanzressort sehr stark davon geprägt sein, wie die Verhandlungen mit dem Bund über die Zahlungsströme aufgrund der Pandemie verliefen. Auch der Gesundheitsbereich werde thematisch von Corona geprägt sein, angefangen mit der Frage der Teststrategie bis hin zur Schaffung einer bundesländerweit einheitlichen Stelle für gemeinsamen Einkauf und Bevorratung. Es habe sich gezeigt, dass es klüger sei, gemeinsam größere Mengen zu bestellen, als wenn jedes Bundesland für sich kleinere Mengen einkaufe. Hier werde man also sehr viele Dinge zu organisieren haben. Dies werde sich natürlich nicht mehr auf den Rechnungsabschluss 2019 auswirken, aber klarerweise auf das laufende Budget 2020 großen Einfluss nehmen. Hier werde man sehr viel investieren müssen.

Landesrechnungshofdirektor Mag. Hillinger erläutert den Bericht des Landesrechnungshofes über den Rechnungsabschluss des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2019 anhand einer Power-Point-Präsentation.

Landeshauptmann Dr. Haslauer spricht zu Beginn seiner Wortmeldung dem Finanzreferenten, der Abteilung 8 und allen, die am Vollzug des Budgets und der Erstellung des Rechnungsabschlusses des Jahres 2019 mitgearbeitet hätten, Dank aus. Es sei beruhigend, dass für 2019 ein sehr gutes Ergebnis erzielt worden sei. Der vor sechs Jahren begonnene Weg der Konsolidierung der Finanzen sei damit konsequent weitergeführt worden. Dafür dürfe man im Besonderen Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl gratulieren. Eigentlich sei man auf einem guten Weg gewesen, das gesteckte Ziel, das Land innerhalb von 20 bis 25 Jahren schuldenfrei zu machen, zu erreichen. In sechs Jahren habe man 40 % der Schulden des Landes abbauen können und durch verschiedene Maßnahmen rund € 800 Mio. eingespart. Für das Jahr 2020

werde der Rechnungsabschluss natürlich ganz anders aussehen. Er hoffe nicht, dass man wieder zurück an den Start müsse, aber es werde jedenfalls nicht mit diesen positiven Zahlen enden. Die Schulden herunterzufahren sei die eine wichtige Sache, zu investieren die andere wichtige Sache. Dies sei in hohem Maße auch passiert. Wie in den Jahren zuvor habe es auch im Jahr 2019 keinen sozialen Kahlschlag gegeben, dies habe man auch für 2020 nicht vor. 2020 werde es darum gehen, wie man mit der finanziellen Herausforderung der Covid-Krise umgehen werde. Hier könne es nur eines geben, nämlich die Vorhaben umzusetzen und zu investieren. Man müsse sich bereits jetzt darauf vorbereiten, für dieses Jahr jedenfalls vom Prinzip der Vermeidung einer Neuverschuldung abzusehen. Über den Rechnungsabschluss 2019 könne man sich freuen. Landeshauptmann Dr. Haslauer spricht Landesrechnungshofdirektor Mag. Hillinger Dank für dessen Anregungen aus. Nun läge der zweite doppische Rechnungsabschluss vor und man sehe, dass die Qualität der Rechnungsabschlüsse von Jahr zu Jahr zunehme. Man habe einen sehr guten Überblick über das Vermögen des Landes, welches geringfügig erhöht werden konnte, über die Finanzierungsrechnung, also die Einnahmen und Ausgaben, aber letztlich auch über den Ergebnishaushalt, der mit seinen nicht finanzierungswirksamen Bestandteilen, wie Abschreibungen, die Bildung von Rückstellungen, das Bild beim ersten Hinschauen natürlich ein bisschen verfälsche. Die entscheidenden Fragen, was man eingenommen und was man ausgegeben habe, könne man sehr positiv beantworten. Auch die Stabilität des Vermögens könne als verantwortungsbewusst bezeichnet werden. Sein Resümee sei, dass das Geld der Salzburgerinnen und Salzburger gut verwaltet worden sei.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Schellhorn berichtet, dass ihn beim Rückblick auf das Jahr 2019 ein eigenartiges Gefühl beschleiche. Nach den Erfahrungen der letzten Monate habe die gesamte Gesellschaft erlebt, wie schnell sich Dinge vom Guten zum Schlechten ändern könnten. Die Zahlen bewiesen, dass 2019 in allen Bereichen - finanzpolitisch, sozialpolitisch und umweltpolitisch - ein sehr erfolgreiches Jahr gewesen sei. Allein die vom Landesrechnungshofdirektor dargestellte Liquidität von € 400 Mio. beweise, dass 2019 ein erfolgreiches Jahr gewesen sei. Dieses erfolgreiche Jahr sei nicht nur, aber auch, der Salzburger Landesregierung zu verdanken. 2019 habe die Wirtschaft floriert, es habe fast Vollbeschäftigung in Salzburg geherrscht und die Steuereinnahmen seien dank dieser hervorragenden Wirtschaftslage gesprudelt. Dennoch sei 2019 das Geld nicht beim Fenster hinausgeworfen worden. Es sei gespart und gleichzeitig auch sinnvoll investiert worden. Er erinnere daran, dass ab 2013 ein sehr strenger Finanzkurs gefahren worden, aber gleichzeitig in der Sozialpolitik die Leistungen für die Menschen in Salzburg ständig ausgebaut worden seien. Dies betreffe die Pflege und in besonderem Maße auch viele Leistungen für Menschen mit Behinderungen. Dass Leistungen ausgebaut worden seien, könne man im Detail an den Zahlen ablesen. Es sei viel mit diesem Geld umgesetzt worden, auch in der Sozialpolitik. Die gute Konjunktur habe Ausgabenreduktionen bewirkt und die Mindestsicherungszahlen seien daher im vorigen Jahr stark zurückgegangen. Auch in der Grundversorgung habe man weniger Geld ausgeben müssen, als budgetiert gewesen sei. Das seien sehr positive Entwicklungen gewesen. Er bekenne sich aber auch dazu, dass er einige Budgetüberschreitungen zu verantworten habe. Eine Budgetüberschreitung betreffe den Ausbau der erneuerbaren Energie. Unter diesem Haushaltsansatz seien massiv zusätzliche Fördermittel zum Ausbau der Photovoltaik investiert worden oder beispielsweise, um das fade out von Öl zu finanzieren. Es sei trotz allem für ihn

selbstverständlich, diesen Kurs fortzusetzen. Er sei zuversichtlich, dass es in Salzburg wieder aufwärts gehen werde, die Konjunktur wieder anziehe und die Arbeitslosigkeit wieder abgebaut werden könne. Die Tendenz sei günstig und insgesamt bekäme er sehr viele positive Rückmeldungen. Heute stehe im Standard, dass die Kurzarbeit in der letzten Woche um 30 % zurückgegangen sei. Es sei die Aufgabe der Politik, diesen Trend zu unterstützen und zu verstärken. In der Landesregierung seien die Budgetrichtlinien für 2021 sehr früh festgelegt worden. Man wolle damit ein klares Signal aussenden, dass in Salzburg kein Kürzungskurs gefahren werde. Vielmehr wolle man die Wirtschaft stimulieren, aber auch im Sozialbereich keine Kürzungen vornehmen und in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen, die in Salzburg ganz zentral seien. Er bekenne sich dazu, dass auch in der Kultur keine Kürzungen vorgenommen würden. Er sei optimistisch nach der Corona-Krise, dass auch dieses Jahr schlussendlich wieder ein halbwegs gutes Jahr für die Salzburger Bevölkerung werden könne. In diesem Sinne bedanke er sich beim Finanzreferenten und beim gesamten Team der Finanzabteilung.

Landesrätin Mag.<sup>a</sup> (FH) Klambauer gibt zunächst einen Überblick über die Schwerpunktsetzungen in ihren Ressortbereichen im Jahr 2019. Im Bereich des Wohnbaus sei es gelungen, über 500 Wohnungen im Eigentum neu zu errichten und zu fördern sowie fast 900 Wohnungen im Bereich der Miete, also im Bereich der Objektförderung. Man habe also die ambitionierten Ziele erreicht. Es sei auch immer klar gewesen, dass man im Bereich der Mietsenkung sehr aktiv werden müsse. Im Jahr 2019 seien bei 5.929 Wohnungen dauerhaft die Mieten gesenkt worden. Dies könne man im Jahresabschluss 2019 vor allem im Bereich der Wohnbeihilfe sehen, wo nicht mehr so viele Mittel wie geplant hätten eingesetzt werden müssen. Eine weitere Maßnahme sei die Streichung von Mitnahmeeffekten gewesen. Vor allem in den Bereichen Errichtung und Sanierung sei dies gelungen. Dadurch seien Mittel für den Bereich der aktiven Bodenpolitik freigesetzt worden, sodass man nun Grundstücke kaufen könne, um ausreichenden Wohnraum auch für die Zukunft zu sichern. Ähnliches sei auch im Bereich der Sanierung gelungen, sodass man auch hier entsprechende Mittel in diesem Jahr einsetzen könne. Auch sie erachte es als sehr wichtig, in den Jahren der Hochkonjunktur Schulden zurückzahlen, so wie es im Bereich des Wohnens gewesen sei. Dies eröffne jetzt auch den Spielraum, damit in den Jahren der Krise entsprechende Maßnahmen gesetzt werden könnten. Im Bereich der Kinderbildung und -betreuung gebe es steigende Kosten zB für den Ausbau der Plätze. Hier sehe man aber auch die Auswirkungen des Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes. Sie freue sich, dass hier entsprechende Mittel zur Verfügung stünden, um den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen. Auch im heurigen Jahr würden daher Plätze ausgebaut und die Rahmenbedingungen im Bereich der Kinderbildung verbessert. In Bezug auf ihre Ressortbereiche Jugend und Generationen sei es ihr wichtig, darauf hinzuweisen, dass es kein historisch gewachsenes Recht auf Förderung gebe. Im Bereich der Jugend sei es gemeinsam mit dem Landesjugendbeirat gelungen, Kriterien für die Fördervergabe auszuarbeiten. Das Gleiche gelte im Bereich der Senioren, wo es eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat gebe. Auch in diesem Bereich seien Kriterien definiert worden, nach denen man sich richten könne und auf deren Grundlage es in der Folge auch entsprechende Fördermittel gebe. Auch in den anderen Bereichen werde dies weiter konsequent umgesetzt. Auf dem Gebiet der Integration sei der Schwerpunkt auf dem Projekt Dialog 2019 gelegen, mit

über 70 Veranstaltungen und 3.000 Teilnehmenden. Damit Integration dauerhaft gelinge, seien auch alle anderen Bemühungen sehr erfolgreich weitergeführt worden. Im Bereich der Wissenschaft hätten durch die gute Zusammenarbeit maßgebliche Projekte in der Grundlagenforschung unterstützt werden können. Salzburg könne sich im Bereich der Forschung als Standort wieder stärker positionieren. Sie bedanke sich für die Zusammenarbeit bei allen Abteilungen und dem Finanzlandesrat sowie beim Landesrechnungshof für dessen gute Arbeit.

Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi stellt fest, dass Salzburg auch im Jahr 2019 den in den Jahren zuvor eingeschlagenen alternativlosen Kurs der Budgetkonsolidierung fortgesetzt habe. Der Rechnungsabschluss 2019 bestätige klar, dass man durch den konsequenten Schuldenabbau mehr finanziellen Handlungsspielraum geschaffen habe. Es sei müßig zu sagen, wie notwendig dies sei. „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“, diese alte Volksweisheit habe das Land nun schneller eingeholt als erwartet. Der Schuldenstand des Landes habe wieder um rund € 132 Mio. reduziert werden können. Dies sei in erster Linie der Fortführung des konsequenten Budgetvollzugs zu verdanken. Dadurch habe man die Schulden von € 1,47 Mrd. zu Jahresbeginn auf rund € 1,334 Mrd. per 31. Dezember 2019 gesenkt. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Salzburg liege somit bei € 2.400,-, was klar unter dem österreichischen Durchschnitt sei, der bei rund € 3.000,- liege. Den Einnahmen von € 2,923 Mrd. stünden Ausgaben von € 2,806 Mrd. gegenüber, damit sei dieses positive Ergebnis auch begründet. Es stimme zwar, dass die Mehreinnahmen in erster Linie den konjunkturrell bedingt höheren Ertragsanteilen geschuldet seien, aber natürlich auch dem strengen Budgetvollzug und dem konsequenten Reporting der letzten Jahre, das eine Einsparung bei den Sachausgaben um € 24,5 Mio. zur Folge gehabt habe. Dies sei ein bemerkenswertes Ergebnis, wofür sie sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, die zu dieser positiven Entwicklung beigetragen und sich konsequent an die Richtlinien des Landesfinanzreferenten gehalten hätten, bedanken wolle. Trotz dieses konsequenten Weges des Schuldenabbaus habe man auch im Jahr 2019 maßgebliche Impulse setzen können. Im Bereich des Verkehrs sei weiter kräftig investiert worden. Das Budget im öffentlichen Verkehr sei um 20 % von € 54,7 Mio. auf € 66,5 Mio. erhöht worden. Es seien Taktverdichtungen erreicht und weitere Maßnahmen gesetzt worden, um den öffentlichen Verkehr insgesamt attraktiver zu machen. Dazu gehöre auch eine Investition in die Busflotte in der Höhe von € 2,2 Mio., um diese entsprechend attraktiv und auf dem neuesten Stand zu halten. Das Budget für den Radwegausbau sei von € 2,49 Mio. auf € 4,51 Mio. nahezu verdoppelt worden. Man habe auch schon erste Teilstrecken eröffnen können. Dies sei ebenfalls ein ganz wesentlicher Beitrag für eine positive und zukunftsgerichtete Verkehrspolitik. Auch die Straßensanierungsoffensive sei entsprechend eingeleitet und das Sanierungsbudget von € 9 Mio. auf € 17 Mio. nahezu verdoppelt worden. Die letzten Monate der Covid-19-Krise hätten aber auch leider viel in Vergessenheit geraten lassen, wie zB die heftigen Unwetter im Juli 2019 im Oberpinzgau, von denen die Gemeinde Uttendorf massiv betroffen gewesen sei. Große Teile seien überschwemmt worden und Schlammlawinen durch das Dorf gezogen. Im November 2019 habe man ähnliche Bilder leider noch einmal sehen müssen, als im Großartal und im Gasteinertal massive Unwetter niedergegangen seien und entsprechende Schäden verursacht hätten. Rund € 7,4 Mio. seien aufgrund dieser Ereignisse sehr rasch und unkompliziert im letzten Jahr aus dem Katastrophenfonds ausbezahlt worden. Gleichzeitig habe man in den

Ausbau weiterer Schutzmaßnahmen investiert. Es seien sich hier sicherlich alle einig, dass das gut investierte Geld sei, zum Schutz der Bevölkerung in den betroffenen Regionen. So sei zB die Hochwasserschutzverbauung im Zeller Becken schon größtenteils fertiggestellt. Gerade im Bereich des Katastrophenschutzes sei in den letzten Jahren besonders verantwortungsbewusst investiert worden. Bereits im Folgejahr habe man das entsprechende Budget des Katastrophenschutzes auf € 4,9 Mio. erhöht und somit um € 700.000,-- mehr investiert, vor allem in die Lawinen- und Wildbachverbauung. Ein weiterer sehr wichtiger Bereich sei die Sicherung der medizinischen Versorgung im Land. Für das Haus B am Standort der SALK seien € 97 Mio. investiert worden. In die Förderung des Masterplans für das Kardinal Schwarzenberg Klinikum habe man € 22,7 Mio. investiert und in die Generalsanierung des Tauernklinikums am Standort Zell am See und Mittersill € 9 Mio. Dies seien wichtige Investitionen, um die Spitallandschaft zu sichern und auf den modernsten Stand zu bringen. Sie bedanke sich beim Gesundheitsreferenten, dass er den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur entsprechend vorangebracht habe. Im Bereich der Suchttherapie habe man erkannt, dass dringender Handlungsbedarf bestehe. Deshalb habe man sich das Grundstück vor der Christian-Doppler-Klinik gesichert, um hier ein Therapiezentrum zu errichten. All jene, die den Standort in der Ignaz-Harrer-Straße kennen würden, wüssten, dass es hoch an der Zeit sei, dass hier ein moderner Weg eingeschlagen werde. Im vergangenen Sommer sei zudem das Ergebnis der Pflegeplattform präsentiert worden. Noch im Herbst sei mit der Kampagne für Pflegeberufe begonnen worden. Zur Umsetzung der Maßnahmen der Pflegeplattform würden insgesamt € 75 Mio. zur Verfügung gestellt. Es gebe bereits einen Regierungsbeschluss, dass investiert werden solle, um einerseits die Pflegeberufe attraktiver zu machen und die Rahmenbedingungen für Menschen, die in der Pflege arbeiteten entscheidend zu verbessern, aber auch um pflegende Angehörige angemessen zu unterstützen. Im Bereich Bildung sei viel in die Schul-Sozialarbeit investiert worden. Landesrätin Hutter BEd habe im letzten Ausschuss eindrucksvoll geschildert, wie wichtig es sei, gerade auch Kinder zu erreichen, die nicht darauf zählen könnten, von ihren Eltern so unterstützt zu werden, wie es in gewissen Phasen notwendig wäre. Umso wichtiger sei die Budgeterhöhung von rund einer halben Million auf ca. € 4,25 Mio. im vergangenen Jahr gewesen. Das Budget für das Projekt „Youth-Start“ habe man aufgrund der hohen Nachfrage auf € 150.000,-- erhöht. Bei diesem Projekt gehe es darum, Kindern beizubringen, wie wirtschaftliche Zusammenhänge funktionierten, aber auch um die Persönlichkeitsentwicklung und Lebenskompetenzförderung. Die Umsetzung des Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes habe Landesrätin Mag.<sup>a</sup> (FH) Klambauer bereits erwähnt. Es sei auch hier massiv investiert worden. Sie freue sich, dass man vor allem im Bereich des Ausbaus der Kinderbetreuungsplätze € 550.000,-- mehr investiert habe als im vorangegangenen Jahr. Das zeige, dass auch die Gemeinden ihrem Auftrag nachkämen. In den vergangenen Wochen habe man auch festgestellt, wie wichtig es sei, gut vernetzt und erreichbar zu sein. An dieser Stelle wolle sie sich daher bei Landesrat DI Dr. Schwaiger bedanken, der nicht müde geworden sei, den Ausbau der Datenverbindungen auch in die entlegensten Regionen des Landes voranzutreiben. Nach allem was man nun gelernt und gesehen habe, sei auch der Bevölkerung wieder vermehrt bewusst geworden, wie sehr man in Salzburg von der intakten Natur profitiere. Gerade in den Zeiten des shutdowns hätten die Salzburgerinnen und Salzburger ihre Umgebung neu kennen und schätzen gelernt. Investitionen in verschiedene Naturschutz-

Projekte machten sich nun bezahlt, wie etwa das der Salzach Auen, dem Fußweg von Oberndorf in die Weihwörther Au, den Ankauf eines Grundstückes in der Antheringer Au und die Wiederherstellung und Renaturierung von Mooren. All diese Maßnahmen seien besonders nachhaltig und auch entsprechend enkeltauglich. Wirtschaftswachstumsprojekte habe man ebenfalls auf Schiene gebracht bzw. weitergeführt, etwa um Salzburg zum lehrlingsfreundlichsten Bundesland zu machen, ein besonderes Herzensprojekt des Landeshauptmannes. An dieser Stelle erinnere sie aber auch daran, dass es einen riesigen Bereich an Pflichtausgaben gebe, die das Land zu bewerkstelligen habe. Die großen Brocken seien im Bereich der Gesundheit mit € 780 Mio., im Bereich Soziales mit € 470 Mio. (ohne Wohnbauförderung) und auch im Bereich Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft mit € 593 Mio. angesiedelt. Wie eingangs erwähnt, habe man hier alle Projekte umsetzen können und dennoch den Schuldenberg weiter abgebaut. Es sei jedoch ganz klar, dass man sich von einem so positiven Ergebnis und einem weiteren Abbau der Schulden in den nächsten Jahren verabschieden werde müssen. Es heiße vielmehr jetzt entsprechend zu investieren und das Land wieder auf den Weg zu bringen, auf dem es bereits gewesen sei. Sie bedanke sich beim Finanzreferenten, der mit seiner konsequenten Arbeit und Akribie, nicht immer zur Freude der Regierungskolleginnen und -kollegen, darauf geschaut habe, dass das Land so gut aufgestellt sei, sodass man für die großen finanziellen Herausforderungen aufgrund der Covid-19-Krise entsprechend gerüstet sei. Heute könne man sich noch einmal über einen äußerst positiven Rechnungsabschluss freuen und man wisse, dass man für die nächsten Jahre vorgesorgt habe, um gut durch diese Krise zu kommen. Ihr Dank gehe weiters an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes, die für den Vollzug des Budgets mitverantwortlich seien. Ebenfalls ein besonderer Dank gehe an Herrn Landtagsdirektor Dr. Kirchtag und sein Team, die dafür gesorgt hätten, dass der Rechnungsabschluss 2019 in dieser Form im Plenarsaal diskutiert werden könne. Zu danken sei auch dem Direktor des Landesrechnungshofs, welcher mit seinem Team den Rechnungsabschluss wie immer mit großer Akribie geprüft habe. Für die Abgeordneten sei dieser Bericht von besonderer Bedeutung, weil er eine ganz wesentliche Hilfe für die Vorbereitung der Ausschussarbeit sei. Eine Sache sei zu diesem Bericht des Landesrechnungshofes dennoch anzumerken: Der Landesrechnungshof habe zum Rechnungsabschluss erneut festgestellt, dass aufgrund der Komplexität und des Umfangs des Datenmaterials Plausibilitätsberechnungen und Analysen nur in Form von Stichproben stattgefunden hätten und deshalb keine generelle Aussage über den gesamten Rechnungsabschluss 2019 abgeleitet werden könne. Diese Aussage lasse sie immer mit einer gewissen Unzufriedenheit zurück, da ihr bekannt sei, dass dies in anderen Bundesländern anders gehandhabt werde. Im Landesrechnungshofgesetz sei in § 7 Absatz 2 ausdrücklich vorgesehen, dass die Prüfung der Gebarung des Landes auch stichprobenartig stattfinden könne. Es sei daher aus ihrer Sicht nicht notwendig, immer wieder zu erwähnen, dass keine generelle Aussage getroffen werden könne. Insgesamt sei dem Landesrechnungshof jedoch für dessen Unterstützung zu danken. Seine Anregungen zur Verbesserung des Zahlenwerkes seien sehr wichtig und würden auch entsprechend wahrgenommen.

Auch Abg. Dr. Maurer stellt fest, dass der nun vorliegende Rechnungsabschluss 2019 für lange Zeit der letzte sein werde, der nicht von der Corona-Pandemie geprägt sein werde. Hinkünftig würden beispielsweise die Sozial- und Gesundheitsausgaben dramatisch ansteigen bei einem gleichzeitigen Einnahmerückgang. Eine sehr treffende Bestandsaufnahme habe in diesem Zusammenhang aus seiner Sicht Hermann Fröschl in den Salzburger Nachrichten im Standpunkt am 13. Juni 2020 gefunden: „Mehr als das halbe Land ist in Kurzarbeit oder arbeitslos. Das war bis vor kurzem unvorstellbar im Musterland von Erfolg und Wohlstand. Sechs von zehn erwerbstätigen Salzburgern, deutlich mehr als der Bundesschnitt, sind aktuell arbeitslos oder in Kurzarbeit. Sechs von zehn, die mit Gehaltseinbußen von 20 bis 45 % rechnen müssen. Salzburg bangt erstmals seit 1945 um seinen Wohlstand und muss aufpassen, dass nicht eine wirtschaftliche Abwärtsspirale in Gang kommt. Neue Zuversicht lässt sich nicht verordnen. Sie kann nur wachsen, indem die Politik neue Auswege aufzeigt. Politik ist die Kunst des Gestaltens. Die Versuchung ist gerade jetzt groß, auch Veraltetes zu retten. Nötig sind aber neue Impulse, um den Wandel zu unterstützen. Womit alle Parteien in der Pflicht sind, im Zweifel auch über den eigenen Schatten zu springen. Das Land braucht jetzt kluge Lösungen.“ Abg. Dr. Maurer betont, dass es genau in diesem Sinne neue Wege und Lösungen brauche. Das primäre Motto in der Krise müsse jetzt lauten: Investieren, investieren, investieren! John F. Kennedy habe gesagt, dass sich das Wort Krise im Chinesischen aus zwei Schriftzeichen zusammensetze. Das eine bedeute Gefahr und das andere Gelegenheit. Die Investitionspolitik des Landes sei in den vergangenen Jahren aber leider durch einen signifikanten Rückgang der Investitionen geprägt gewesen. Rechne man zu den Investitionsausgaben für eigenes und fremdes Vermögen auch Darlehensgewährungen an private Unternehmen und Haushalte hinzu, welche regionalwirtschaftlich bedeutsam seien und Investitionen auslösten, so hätten sich investitionswirksame Ausgaben von rund € 367 Mio. im Jahr 2016 auf etwa € 305 Mio. im Jahr 2018 reduziert. Im Jahr 2019 hätten sich die investitionswirksamen Ausgaben des Landes zwar wieder auf rund € 323 Mio. erhöht, dieser Wert liege trotz Steigerung aber weiterhin deutlich unter den Werten der Jahre 2016 und 2017. Die Investitionswirkung sei damit um rund € 25 Mio. geringer ausgefallen als geplant. Dass man auch als Salzburger Landesregierung in der Krise richtig reagieren bzw. investieren könne, habe Landesrat Mag. Schnöll mit der Einführung eines Soforthilfefonds in Höhe von € 1 Mio. für die Salzburger Sportvereine gezeigt. Es sei ein Gebot der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit, auch in Pflege, Gesundheit, Wohnen, Ausbildung, Verkehrsinfrastruktur, Arbeitsplätze, Klimaschutz, Forschung und Ausbildung - um nur einige Bereiche zu nennen - zu investieren. Er wolle daher in seiner weiteren Wortmeldung weniger auf die Vergangenheit Bezug nehmen, sondern lieber in die Zukunft schauen. Besonders dramatisch sei die sich anbahnende hohe Jugendarbeitslosigkeit. Im Jahr 2019 hätten in Salzburg 289 Jugendliche eine Lehrstelle gesucht. Im Mai 2020 seien es schon 457 gewesen. Mit der im Sommer endenden Schulpflicht für viele Jugendliche werde sich der Trend in den nächsten Monaten leider weiter verstärken. Man brauche daher einen starken Ausbau der Lehrstellen im Landesdienst sowie im Umfeld des Landes. So sollten neben der Erhöhung des Lehrlingsstellenangebotes beim Amt der Salzburger Landesregierung auch alle Unternehmen mit Landesbeteiligung zur Einstellung von Lehrlingen motiviert werden. Ein realistisches Ziel für Herbst sei die Schaffung von zumindest 300 zusätzlichen Lehrstellen im Bereich Land, Salzburg AG, gswb, Flughafen, Museen etc. In

der Coronakrise seien die Bediensteten im Pflegebereich oft als Helden und Heldinnen gefeiert worden. Vom Jubel und vom Feiern alleine könne man aber keine Miete zahlen. Neben der generellen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pflegeberufe im Bereich Arbeitszeiten, Bezahlung, Prozessabläufe etc. brauche es natürlich auch die notwendige Ausstattung, nicht nur im Zentralraum, sondern auch in den Regionen. Laut Gesundheit Österreich GmbH steige der Personalbedarf in der Pflege im Jahr 2030 auf 34.000 zusätzliche Kräfte. Wenn nicht jetzt alle Schritte unternommen würden, um genügend Fachkräfte für die Zukunft sicherzustellen, wann denn dann? Es dürfe auch nicht aus den Augen verloren werden, dass Sozial- und Gesundheitsausgaben dramatisch anstiegen bei einem gleichzeitigen Einnahmerückgang. Die Landesregierung müsse darauf rechtzeitig reagieren und dürfe nicht untätig abwarten. Anzumerken sei auch, dass das Budget für Frauenfragen mit einer halben Million eindeutig unterdotiert sei. Angesichts der nach wie vor vorhandenen strukturellen Ungleichheiten wie zB Gender Pay Gap, Gender Care Gap sowie der Höhe der Armutsgefährdungsquote von Alleinerzieherinnen und älteren Frauen sei es notwendig, nicht bei Sensibilisierungsmaßnahmen oder der Sicherung und Förderung von Gewaltprävention zu sparen. Das Gegenteil müsse der Fall sein. Tiertransporte müssten zukünftig strenger kontrolliert werden. Begleitend brauche es dringend Anreize für Landwirte, ihre Produkte regional zu verkaufen. Als ersten wichtigen Schritt solle die Landesregierung mit positivem Beispiel vorgehen und sicherstellen, dass in den Kantinen und Einrichtungen mit Landesbeteiligung ausschließlich hochwertiges Fleisch und Tierprodukte aus der Region verwendet würden. Im Wohnbaubereich gelinge es den derzeit regierenden Politikerinnen und Politikern nicht, die Wohnbauproblematik in den Griff zu bekommen. Es fehle einfach der rote Faden in der Wohnbaupolitik. Es müsse endlich aktive Raumordnungspolitik betrieben werden. Die Vertragsraumordnung müsse mehr und effektiver eingesetzt werden. Es brauche eine sinnvolle und durchdachte Eindämmung der technischen Baubestimmungen, aber nicht im Sinne des von der Landesregierung vorgelegten Maßnahmenpakets zum kostenreduzierten Wohnbau. Aufgrund der in den letzten fünf Jahren stattgefundenen Preissteigerungen am Markt gebe es auch einen Bedarf an höheren Förderungen bei der Errichtung von Wohnungen, sowohl im Eigentums- als auch im Mietwohnungsbereich. Eine Umfrage des Instituts für Grundlagenforschung habe gezeigt, dass die Wohnkosten teilweise schon die Hälfte des Einkommens auffräßten. Fast absurd mute in diesem Zusammenhang daher an, dass auf der einen Seite Wohnbaufördermittel zur allgemeinen Schuldentilgung verwendet würden und auf der anderen Seite die Wohnungspreise und die Wohnungsnot in Salzburg immer rasanter anstiegen. Die Coronakrise habe auch gezeigt, welche Defizite der Standort Salzburg im Bereich der Digitalisierung aufweise. Man brauche daher neue Technologiezentren. Die Landesregierung müsse hier mit Fördergeldern für die Forschung massiv gegensteuern. Um im Bildungsbereich eine dringend notwendige Digitalisierungsoffensive starten zu können, müsse in den nächsten Jahren budgetmäßig vorgesorgt werden. Auch die Gemeinden als Schulerhalter dürfe man nicht im Stich lassen. Es brauche auch generell Initiativen seitens des Kulturreports, um den kleinen Kunstbetrieben, Regionalmuseen, kleine Festivals, die so maßgeblich die Vielfalt der Salzburger Kulturszene ausmachten, eine Zukunft zu sichern. Weiters brauche es auch ausreichend Verkehrsinfrastruktur, nicht nur im Zentralraum, natürlich auch Innergebirg. Aufgrund der guten Konjunktur seien die Einnahmen aus der Landesumlage angestiegen und um rund € 4,3 Mio. höher als

erwartet ausgefallen und lägen nun bei rund € 57,6 Mio. Aus dem gleichen Grund sei der Gemeindeausgleichsfonds (GAF) im vergangenen Jahr erstmals mit mehr als € 100 Mio. dotiert worden. Somit habe der GAF per 31. Dezember 2019 bereits quasi € 93 Mio. auf der hohen Kante. Das € 30 Mio. Hilfspaket für Salzburger Gemeinden aus dem GAF, welches Anfang Mai präsentiert worden sei, sei so gesehen auch kein allzu großes Paket. Klar festzuhalten sei in diesem Zusammenhang, dass die GAF-Gelder ja den Gemeinden gehörten und der Fonds die Mittel nur verteile. Das Hilfspaket klinge nach viel Geld, decke in Wahrheit jedoch nur einen geringen Teil der finanziellen Einbußen der Gemeinden ab. Selbst optimistische Schätzungen gingen dort von Mindereinnahmen in der Höhe von € 75 Mio. aus. Das Minus könnte aber natürlich auch noch deutlich höher ausfallen. Es brauche daher ein Hilfspaket für Salzburger Gemeinden, das diesen Namen auch verdiene. Wie die zitierten Zahlen zeigten, könne sich Salzburg das leisten. Abschließend wolle er noch einige Worte zum Finanzreferenten bzw. zu budgettechnischen Details verlieren. Der Schuldenstand des Landes sei um rund € 131 Mio. gesunken. Das gute Jahresergebnis resultiere laut Aussage des Finanzreferenten im Wesentlichen aus den konjunkturell bedingt höheren Ertragsanteilen und der Rückzahlung von Wohnbaudarlehen inklusive Annuitäten. Somit hätten also die nicht benötigten Wohnbaumittel den Haushalt des Landes saniert. Wenn im Jahr 2020 die Tendenz der vergangenen Jahre im Wohnbaubereich anhalte, sei davon auszugehen, dass ein Gutteil der Kosten aus der Coronakrise aus der Wohnbauförderung und mit teilweise frischem Geld, respektive Schulden, beglichen werden müsse. Zusammenfassend könne also festgehalten werden, der Finanzreferent präsentiere sich so wie in der Vergangenheit wieder als Sanierer, doch in Wirklichkeit hätten wieder Konjunktur und Wohnbauförderung die Sanierung übernommen. Der Fiskalrat habe in seinem Jahresbericht 2018 - 2020 erneut angeführt, dass sich die finanzielle Lage aller Bundesländer verbessert habe. Wie der Landesrechnungshof habe auch der Fiskalrat festgestellt, dass die Ergebnisverbesserungen vorrangig aufgrund des markanten Anstiegs der gemeinschaftlichen Bundesabgaben in Folge der guten Konjunkturentwicklung geschehen seien. Erneut sei auch festzuhalten, dass es bei der Transparenz des Rechnungsabschlusses immer noch einiges an Luft nach oben gebe. Dies beziehe sich sowohl auf den Detaillierungsgrad der Ansatzgliederung, als auch auf die Differenzbegründungen bei den Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss. Diese seien oft nicht ganz nachvollziehbar. Teilweise habe der für die Analyse des Rechnungsabschlusses notwendige Detaillierungsgrad seit der Umstellung auf die VRV 2015 (Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung) deutlich abgenommen. Im Kontext der Transparenz der Landesfinanzen dürfe er an dieser Stelle nochmals auf die Notwendigkeit eines parlamentarischen Budgetdienstes hinweisen. Dieser sei seitens der Landesregierung zwar zugesagt, aber noch nicht umgesetzt worden. Der Budgetdienst solle der Legislative als Instrument dienen, um die erweiterten Möglichkeiten der VRV 2015 zur parlamentarischen Begleitung, Information und Kontrolle auch unabhängig von Informationen durch Regierung und Verwaltung vollumfänglich nutzen zu können. Letztlich sei auch das im Koalitionsvertrag 2018 - 2023 festgehaltene Ziel, die Abweichungen zwischen Plan- und Istwerten des Landesbudgets zu reduzieren, einmal mehr deutlich verfehlt worden. Eine Abweichung des Rechnungsabschlusses von mehr als einer halben Milliarde spreche nicht wirklich für die Qualität des Voranschlages. Dies werde auch vom Landesrechnungshof in seinem Bericht aufgegriffen und kritisiert.

Klubobfrau Abg. Svazek BA bedankt sich zu Beginn ihrer Wortmeldung beim Landesrechnungshof, der als Kontrollorgan unabhängig von der Landesregierung agiere und dem Landtag, vor allem auch der Opposition, zur Verfügung stehe. Es sei bereits darüber diskutiert worden, dass die Mittel, die dem Landesrechnungshof zur Verfügung stünden, etwas gering seien im Vergleich zum Aufwand, den er jährlich zu bewältigen habe. Dies könne man auch an der Zahl der noch offenen Prüfaufträge ablesen. Die Prüfung des Rechnungsabschlusses sei eine sehr große Herausforderung. Auch wenn man eine schlanke Verwaltung befürworte, sei zu überlegen, den Landesrechnungshof mitarbeitermäßig aufzustocken. Auch der bereits erwähnte Budgetdienst wäre hilfreich und zu begrüßen. Im Bericht des Landesrechnungshofes seien viele Anliegen und Forderungen zum wiederholten Male vorgebracht worden. Diese Kritikpunkte und Forderungen müssten von den politisch Verantwortlichen ernst genommen und umgesetzt werden. Es sei klar, dass ein Budget nicht mit dem Rechnungsabschluss im nächsten Jahr ident sein könne. Manches könne aber schon vorausgesehen und berechnet werden, beispielsweise die investive Gebarung. Dass das Endergebnis immer höher gewesen sei als budgetiert, sei nicht zuletzt auf die Rückflüsse der Wohnbauförderung aus Darlehen und Annuitätenzuschüssen zurückzuführen, die ja rund € 138,4 Mio. ausgemacht hätten. Die Schaffung leistbaren Wohnraums hätte bereits in den letzten Jahren ein Schwerpunkt sein müssen und müsse vor allem in den nächsten Jahren eines der Hauptanliegen der Landespolitik sein. Die Pläne von Landesrat DI Dr. Schwaiger hinsichtlich der Kriterien der Barrierefreiheit seien zu 100 % zu unterstützen. Qualität sei wichtig, aber genauso auch die Bedarfsorientierung. Es sei daher verwunderlich, warum sich die Koalitionspartner hier nicht einig seien. Bemerkenswert seien auch die Minderauszahlungen in der Höhe von € 30 Mio. im Bereich der Wohnbauförderung. Zwei Kernaspekte seien beim Thema Wohnen bzw. in der Zielsetzung der Wohnbauförderung wichtig, nämlich sozial verträgliche Mieten und bedarfsangepasste Wohnungen, ebenso aber auch die Unterstützung bei der Schaffung von Eigentum. Der Fokus sei wieder auf Wirtschaftlichkeitsüberlegungen unter Beachtung einer Kosten-Nutzen-Relation zu legen. Die für den Wohnbau relevanten Normen seien zu überprüfen bzw. Vorschriften auf allen Ebenen zu entrümpeln. Salzburg sei bis dato eine der erfolgreichsten und beständigsten Wohlstandsregionen in ganz Europa gewesen und der Weg des Schuldenabbaus konsequent fortgeführt worden. In Zukunft werde der Fokus auf die Bereiche Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Bildung und Soziales gelegt werden müssen. Die steigende Verschuldung der gesamten Republik und die Verschlechterung der Wirtschaftslage in ganz Europa werde die Salzburgerinnen und Salzburger noch sehr lange beschäftigen und die heimische Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Es sei in dieser Krise offenkundig geworden, dass es einige Schwachstellen in diesem Bundesland gebe. Die Salzburger Wirtschaft und auch ihre Arbeitsplätze seien sehr stark vom Tourismus abhängig und somit besonders von dieser Krise betroffen. Auch im Bereich der Technologie und bei Investitionen in Bildung werde man sich etwas überlegen müssen. Die soziale Lage werde sich auch um einiges verschärfen. Als Beispiel sei der Heizkostenzuschuss erwähnt, dessen Mittel vermutlich aufgrund der Voraussetzungen nicht zur Gänze ausgeschöpft worden seien. Zwei Drittel der Bezieher des Heizkostenzuschusses seien Frauen gewesen. Die Beantragung des Heizkostenzuschusses mittels Online-Formular bedeute einen erheblichen Mehraufwand für ältere Personen. Der Zugang zu solchen Sozialleistungen sollte

möglichst niederschwellig gehalten werden. Klar sei auch, dass künftig jeder Cent im eigenen Bundesland gebraucht werde. Die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von € 1 Mio. im Jahr wären daher jetzt besser im eigenen Land auszugeben. Abschließend weist Klubobfrau Abg. Svazek BA darauf hin, dass jedem Rechnungsabschluss ein Budget vorangehe, welches traditionell in mehrtägigen Klausuren durch die Landesregierung erstellt und verhandelt werde. Nach dessen Fertigstellung werde dieses sofort an die Medien und erst irgendwann später einmal an die Opposition übermittelt. In der Vergangenheit hätten aber durchaus einzelne Regierungsmitglieder auch die Opposition in die Erstellung des Budgets miteinbezogen und deren Vorschläge aufgenommen. Auf diese Weise sei auch einmal ein Budget zustande gekommen, das im Salzburger Landtag von allen gemeinsam getragen worden sei. Zu Beginn der Covid-Krise sei es zu einem Schulterschluss gekommen. Es sei für alle Fraktionen selbstverständlich gewesen, an einem Strang zu ziehen. Für das nächste Jahr werde es ein Budget geben, das sehr stark von dieser Krise geprägt sein werde. Man könne nun diesen Schulterschluss fortführen und bei der Erstellung des Budgets für das nächste Jahr die Opposition miteinbeziehen. Vielleicht könne man dann auch das Budget im Landtag gemeinsam einstimmig beschließen. Das wäre in Zeiten wie diesen ein schönes Signal. Für die nächsten Jahre sei besonders wichtig, dass sich die Politik vom bloßen Verwalten verabschiede und sich hin zum Gestalten wende. Die FPÖ würde sich diesbezüglich gerne einbringen und appelliere, die Opposition bei der Erstellung des nächsten Budgets miteinzubinden.

Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl weist in Richtung FPÖ darauf hin, dass ÖVP und GRÜNE keine Einheitspartei seien. Man habe unterschiedliche Standpunkte, man habe aber auch eine gute Gesprächskultur und es werde darüber geredet und voneinander gelernt. Das sei ihr Verständnis einer Koalition. Zum Rechnungsabschluss 2019 führt sie aus, dass dieser wahrscheinlich eher weniger als erster Rechnungsabschluss nach der Eröffnungsbilanz in Erinnerung bleiben werde, sondern vielmehr als letzter Rechnungsabschluss vor der Corona-Krise. Es werde Jahre brauchen, ehe man wieder einen so positiven Bericht über das vergangene Haushaltsjahr sehen werde. Sie bedanke sich bei allen, die zum Zustandekommen des Rechnungsabschlusses beigetragen hätten. Dennoch sei nun nicht die Zeit, um in Wehmut zu verfallen, sondern vielmehr eine gute Gelegenheit, optimistisch darauf zu schauen, welche Weichenstellungen man jetzt schon vornehmen könne und ob man für die kommenden Herausforderungen gerüstet sei. Zwei Bereiche würden ihr dabei besonders am Herzen liegen, der Sozialbereich und die Umweltpolitik. Ihr Zugang sei zu hinterfragen, was konkret hinter den Zahlen stehe und wie die Salzburgerinnen und Salzburger von diesen Zahlen profitierten. Die Ausgaben für den Sozialbereich seien ein ganz wesentlicher Teil des Landeshaushaltes und somit auch des Rechnungsabschlusses. Hinter diesen Zahlen stünde eine Unmenge an Leistungen, die jenen Menschen zu Gute kämen, die Unterstützung bräuchten, wie zB für Pflegeleistungen im hohen Alter, etwas, was alle früher oder später betreffe. Aus diesem Budgetbereich würden aber auch soziale Unterstützung und Absicherung bei materiellen Notlagen sowie Teilhabe von Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen sichergestellt. Der Rechnungsabschluss sei ein Beleg dafür, dass Salzburg diese Herausforderungen im Jahr 2019 gut gemeistert habe. Ein weiterer Beleg dafür finde sich dort, wo man direkt mit den

Unterstützungsnehmern und Unterstützungsnehmerinnen zusammenkomme. Landtagsabgeordnete bemühten sich auch, viel bei den Menschen draußen zu sein, bei denen diese Weichenstellungen ankämen. Die Corona-Krise habe ganz deutlich gezeigt, dass eine nachhaltige und gute Struktur geschaffen worden sei, um auch in besonderen Krisensituationen für jene Menschen da sein zu können, die das besonders notwendig bräuchten. Betrachte man die Zahlen, liege der Schluss nahe, dass es diese Leistungen auch weiter geben werde müsse. Man könne hier auch in Zukunft nicht sparen. In der Pflege habe es 2019 weniger Menschen in den Seniorenwohnhäusern gegeben als 2018, da die Stadt Salzburg 85 Plätze weniger aufgrund eines Umbaus zur Verfügung gehabt habe. Jedoch habe es mehr Sozialhilfebezieher und -bezieherinnen gegeben, was der Abschaffung des Pflegeregresses zuzurechnen sei. Es habe sich auch gezeigt, dass die mobile Pflege nach wie vor deutlich vor der stationären liege, vor allem die Pflegestufen 0 - 3 betreffend. Insgesamt hätten 2019 fast 3.000 Personen in der Pflege gearbeitet, also 175 Personen mehr als 2018. Auch bei der Betreuung zu Hause habe es einen stetigen Anstieg von 3 % gegenüber dem Jahr 2018 und 1,5 % mehr geleistete Stunden gegeben. Dies bedeute, dass die Richtung stimme und es offensichtlich das sei, was die Menschen wollten, nämlich möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben zu können. Finanziell gesehen seien die Ausgaben in der Pflege trotz steigender Fallzahlen leicht unter den Erwartungen geblieben. Die Steigerung der Fallzahlen sei nicht so stark gewesen wie bei Erstellung des Budgets angenommen. Die Corona-Krise habe einmal mehr gezeigt, wie wichtig ein gut ausgebautes Pflege- und Betreuungssystem sei. Man befinde sich bereits auf dem richtigen Weg und mit den Maßnahmen der Pflegeplattform, die 2020 ihre Wirkung richtig entfalten würden, werde es in Zukunft noch besser werden. Bei der Mindestsicherung werde es vermutlich im kommenden Jahr große Veränderungen geben. 2019 habe es einen Rückgang bei der Zahl der Mindestsicherungsbezieher gegeben, aber immerhin seien es noch fast 1.500. Die Corona-Krise habe gerade jene Familien mit bereits bestehendem Unterstützungsbedarf besonders hart getroffen. Es gebe hier auch Bildungsnachteile, die Schere sei weiter aufgegangen. Interessant zu erwähnen sei vielleicht, dass über die Hälfte der alleinerziehenden Mindestsicherungsbezieherinnen nur ein Kind zu betreuen hätten. Das widerspreche dem gern gezeichneten Bild der Familien, die sich den Lebensunterhalt durch staatliche Zuwendungen für ihre Kinder finanzierten. Die Mindestsicherung diene auch in erster Linie zur Aufstockung, da ein Großteil der Empfängerinnen und Empfänger sehr wohl arbeite. 70 % der Haushalte, die Mindestsicherung bezögen, hätten ein Einkommen und bräuchten nur zusätzliche Unterstützung. Der Rückgang der Leistungsbezieherinnen und -bezieher im vergangenen Jahr sei natürlich der guten Arbeitsmarktlage geschuldet gewesen und habe die Ausgaben sinken lassen. In den nächsten Jahren werde man jedoch stärker gefordert werden. Positiv bewerte sie, dass der Verfassungsgerichtshof dem Grundsatzgesetz den Zahn der übermäßigen Degression bei der Anzahl der Kinder gezogen habe und man hier auf dem bewährten Salzburger Weg bleiben könne. Zur Teilhabe zeigten die Zahlen auch, dass die Richtung stimme. Man wolle weniger Menschen, die in Einrichtungen untergebracht seien, sondern mehr Menschen, die möglichst selbstständig in kleinen Einheiten wohnen könnten. Die Zahl der Wohnplätze sei weiter gestiegen, vor allem beim mobilen oder ambulant betreuten Wohnen. Auch bei Menschen mit psychischen Erkrankungen habe man ein Plus bei den Wohnplätzen von 35 % erreicht. Besonders freue sie sich darüber, dass die persönliche Assistenz nun

dauerhaft abgesichert sei. Die Ausgaben dafür würden aber erst im nächsten Rechnungsabschluss abgebildet. Seit dem Frühjahr 2020 gebe es mittlerweile 28 Personen, die auf persönliche Assistenz zählen könnten. Einen großen Anstieg habe es beim Unterstützungsfonds von 405 auf 527 unterstützte Personen gegeben. Dabei sei es meistens um die Bezuschussung von Hilfsmitteln, aber auch um die Adaptierung von Wohnraum auf Barrierefreiheit gegangen. Mehraufwendungen gebe es auch durch Umschichtungen für die pflegerische Betreuung an Schulen. Es gebe bereits 71 Schulstandorte mit Pflegeprogramm und 75 Schulstandorte seien schon integrativ. Der Weg von der Behindertenhilfe hin zur Teilhabe sei weiter gut bestritten worden und man habe dafür viel Geld investiert. Der Unterstützungsfonds zeige aber, dass es nach wie vor offene Themen gebe. Im Hinblick auf Umwelt- und Naturschutz stellt Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl fest, dass die Salzburger Landschaft nahezu unberührt von Umweltauswirkungen erscheine. Andere Landstriche in Österreich spürten die Auswirkungen der Klimakatastrophe aber bereits massiv. Salzburg müsse unbedingt dafür kämpfen, dass seine Natur so schön und intakt bleibe, wie sie zur Zeit noch sei. 2019 sei die Klimakrise noch ganz im Fokus von Politik und Öffentlichkeit gewesen. Auch die Politik in Salzburg habe man darauf ausgerichtet. Ein Beispiel, wie sich dies niedergeschlagen habe, sei die 25 Seiten lange Aufzählung im Transferbericht von insgesamt 1.426 geförderten Projekten. Diese hätten von Förderungen für Biomasse sowie Nah- und Fernwärme bis hin zu Förderungen für Hackgut- oder Pelletsheizungen, Wärmepumpen und Solar- oder Photovoltaikanlagen gereicht. In Summe seien € 4,5 Mio. für die verstärkte Nutzung und dezentrale Erzeugung erneuerbarer Energie und somit für den Klimaschutz und für Umweltqualität ausgegeben worden. Für betriebliche Photovoltaikanlagen habe auch der Bund eine halbe Million Euro investiert, was über den Wachstumsfonds abgewickelt worden sei. Attraktivierungen habe es 2019 auch im Verkehrsbereich gegeben. In den öffentlichen Verkehr sei viel investiert und auch ein neues Ticketsystem erreicht worden. Der öffentliche Verkehr befinde sich momentan ein bisschen in der Krise. Man hoffe aber, dass es schnell wieder aufwärts gehe oder viele Leute aufs Rad umstiegen. Eine ihrer Lieblingsmaßnahmen, nämlich den Reparatur-Bonus, finde man auch im Rechnungsabschluss 2019. Mittlerweile hätten rund 2.300 Elektrogeräte ein neues Leben bekommen, welche sonst weggeschmissen worden wären. Die Klimakrise habe während der Corona-Krise keinen Urlaub gemacht und trotz lockdowns sei man noch weit weg vom Erreichen der Ziele. Es hätte mindestens zweier massiver lockdowns bedurft, um bei den Klimazielen auf Kurs zu bleiben. Gleichzeitig liege aber die Wirtschaft am Boden, das könne man auf keinen Fall wollen. Deshalb müsse weiter in die Wirtschaft investiert werden, aber möglichst mit vielen grünen Impulsen. Mit dem Klimafonds werde dies im nächsten Jahr sicher noch verstärkt werden können, um der nachfolgenden Generation eine intakte Umwelt hinterlassen zu können.

Klubobmann Abg. Egger MBA spricht zu Beginn seiner Wortmeldung all jenen, die am Rechnungsabschluss mitgewirkt hätten, Dank und Anerkennung aus. Die gesetzlich vorgegebenen Pflichtausgaben stellten einen wesentlichen Teil der Aufwendungen dar, mit den restlichen Mitteln gelte es verantwortungsvoll und nachhaltig umzugehen, was seiner Meinung nach sehr gut gelungen sei. Allerdings befürchte er, dass man die nächsten zwei oder drei Jahre aufgrund der Aus- sowie Nachwirkungen von Covid-19 nicht positiv abschließen werde können.

Das Jahr 2019 habe man mit einem Überschuss von € 117 Mio. abschließen können, Schulden in Höhe von € 132 Mio. seien getilgt worden. Auch wenn davon auszugehen sei, dass in den nächsten paar Jahren zusätzliche Schulden aufgenommen werden müssten, hoffe er, dass die Aus- und Nachwirkungen nicht so schlimm würden, wie man zum jetzigen Zeitpunkt erwarte. Was die Kritik der Oppositionsparteien betreffe, sei er der Meinung, dass man dem Rechnungsabschluss mit ruhigem Gewissen zustimmen könne. Zur Kritik an der Wohnbaupolitik verweise er auf den einstimmigen Beschluss von letzter Woche, mit dem wichtige Anpassungen auf den Weg gebracht worden seien. Aufgrund steigender Grundstückspreise und steigender Baukosten sei es jedoch schwierig, in diesem Bereich den richtigen Weg zu finden. Klubobmann Abg. Egger MBA zeigt sich jedoch überzeugt, dass man auf einem sehr guten Weg sei. Zur Kritik von Abg. Dr. Maurer betreffend GAF führt er aus, dass das Hilfspaket in Höhe von € 30 Mio. eine zusätzliche Sofortmaßnahme gewesen sei. Es sei aber auch klar, dass man nicht die gesamten Mittel für Sofortmaßnahmen verwenden dürfe, da mit den GAF-Mitteln auch laufende oder bereits zugesagte Projekte unterstützt werden müssten. Seiner Meinung nach gründe sich die Kritik der FPÖ im wesentlichen auf die Ergebnisse des Landesrechnungshofberichtes und beziehe sich fast nur auf solche Dinge wie zB die buchhalterische Bewertung bzw. die Darstellung. Die Umstellung auf die Doppik habe für die Landesbuchhaltung einen Riesenaufwand bedeutet. Er sei der Meinung, dass man in so einem Fall zugestehen müsse, dass nicht von Vorherein alles perfekt sei. Es käme aber stetig zu Verbesserungen. Die Anregungen des Landesrechnungshofes würden als gut und richtig empfunden und laufend berücksichtigt. Es dürfe auch nicht übersehen werden, dass es vor geraumer Zeit einen Wechsel in der Leitung der Landesbuchhaltung gegeben habe. Klubobmann Abg. Egger MBA weist darauf hin, dass die Maastricht-Kriterien eingehalten worden seien und der strukturelle Saldo des Landes mit rund € 35 Mio. über der Regelgrenze in der Definition des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 sehr positiv ausgefallen sei. Ein positiver struktureller Saldo bedeute, dass das Land Salzburg die Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes eingehalten habe und das Land in der Lage gewesen sei, Schulden abzubauen, ohne seine Kernaufgaben einzuschränken. Sehr positiv sei ihm auch aufgefallen, dass die Finanzschulden abgenommen hätten und die Zinszahlungen, die vorwiegend auf Altverträgen beruhten, durch das niedrige Zinsniveau um 1 % gesenkt hätten werden können. Zum großen Minus im Ergebnishaushalt führt Klubobmann Abg. Egger MBA aus, dass dies vorwiegend daraus resultiere, dass Pensionsrückstellungen buchhalterisch dargestellt werden müssten. Diese beträfen Zahlungen, die erst in den nächsten Jahrzehnten fällig würden, aber dennoch bereits jetzt buchhalterisch darzustellen seien. Auch Förderzusagen aufgrund von Regierungs- oder Landtagsbeschlüssen müssten sofort mit Rückstellungen hinterlegt und dargestellt werden, auch wenn die Zahlungen nicht sofort oder in mehreren Tranchen und über mehrere Jahre erfolgten. Abschließend führt Klubobmann Abg. Egger MBA aus, dass ihm die Auswirkungen von Covid und die nächsten Budgets Sorge bereiteten. Man werde sich in verschiedenen Bereichen auf große Herausforderungen einstellen müssen, wie zB in Gesundheit und Pflege. Die exakte Höhe der anfallenden Kosten sei aber schwer abzuschätzen. Dennoch gebe die Krise auch Hoffnung, dass es Neuerungen geben und die Motivation in vielen Bereichen angeregt werde. Er sei zuversicht-

lich, dass auch diese Krise zu meistern sei. Abschließend appelliere er nochmals an die Oppositionsparteien, trotz der vorgebrachten Kritik, dem sehr positiven Rechnungsabschluss die Zustimmung zu erteilen.

Abg. Dr. Maurer bringt für die SPÖ zur Generaldebatte folgenden Entschließungsantrag ein, der in der Diskussion modifiziert wird:

1. Die Präsidentin des Salzburger Landtags wird aufgefordert, in einem monatlichen Rhythmus den Finanzüberwachungsausschuss des Landtags einzuberufen, der die Zuteilung und Verwendung der am 1. April 2020 beschlossenen zusätzlichen Mittel zur Bewältigung der Corona-Krise in der Höhe von bis zu 250 Millionen Euro beratend begleiten soll und dem von den zuständigen Regierungsmitgliedern in den Sitzungen berichtet wird und unter Beiziehung von Fachleuten die vorgeschlagenen Vergaben der Mittel zur Bewältigung der Corona-Krise beleuchtet werden.
2. Die Landesregierung wird ersucht, in Hinblick auf die Erstellung des Landesvoranschlags 2021 und des Rechnungsabschlusses 2020, die in den unterschiedlichen Bereichen anfallenden - COVID 19 bedingten - Zusatzkosten auf einer gesonderten Kostenstelle je Budgetansatz auszuweisen, damit der Landtag in den kommenden Jahren zwischen „normalen“ Abweichungen und „Corona-bedingten Abweichungen“ unterscheiden kann.

Abg. Dr. Schöppl bringt für die FPÖ folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, dass diese - sobald sie Verstärkungsmittel (Ansatz 97000) in Anspruch nimmt, dem Salzburger Landtag umgehend darüber berichtet.

Der modifizierte Entschließungsantrag der SPÖ und der Entschließungsantrag der FPÖ werden in der Folge zusammengeführt:

1. Die Präsidentin des Salzburger Landtags wird aufgefordert, nach Bedarf aber mindestens alle drei Monate den Finanzüberwachungsausschuss auf die Tagesordnung eines Ausschusstages zu setzen, der die Zuteilung und Verwendung der am 1. April 2020 beschlossenen zusätzlichen Mittel zur Bewältigung der Corona-Krise in der Höhe von bis zu 250 Millionen Euro beratend begleiten soll und dem von den zuständigen Regierungsmitgliedern in den Sitzungen berichtet wird und unter Beiziehung von Fachleuten die vorgeschlagenen Vergaben der Mittel zur Bewältigung der Corona-Krise beleuchtet werden.
2. Werden Verstärkungsmittel (Ansatz 97000) in Anspruch genommen, so ist im Rahmen der Sitzung des Finanzüberwachungsausschusses (Punkt 1) dem Salzburger Landtag umgehend darüber berichtet
3. Die Landesregierung wird ersucht, im Rahmen des Landesvoranschlags 2021 und des Rechnungsabschlusses 2020 einen „COVID-19-Bericht“ beizugeben.

Auf Vorschlag von Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi kommen die Ausschussmitglieder überein, den zusammengeführten Entschließungsantrag punktweise zur Abstimmung zu bringen.

Punkt 1. des zusammengeführten Entschließungsantrages wird einstimmig angenommen.

Punkt 2. des zusammengeführten Entschließungsantrages wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Punkt 3. des zusammengeführten Entschließungsantrages wird einstimmig angenommen.

Der Entschließungsantrag des Ausschusses lautet somit in der beschlossenen Version:

1. Die Präsidentin des Salzburger Landtags wird aufgefordert, nach Bedarf aber mindestens alle drei Monate den Finanzüberwachungsausschuss auf die Tagesordnung eines Ausschusstages zu setzen, der die Zuteilung und Verwendung der am 1. April 2020 beschlossenen zusätzlichen Mittel zur Bewältigung der Corona-Krise in der Höhe von bis zu 250 Millionen Euro beratend begleiten soll und dem von den zuständigen Regierungsmitgliedern in den Sitzungen berichtet wird und unter Beiziehung von Fachleuten die vorgeschlagenen Vergaben der Mittel zur Bewältigung der Corona-Krise beleuchtet werden.
2. Die Landesregierung wird ersucht, im Rahmen des Landesvoranschlags 2021 und des Rechnungsabschlusses 2020 einen „COVID-19-Bericht“ beizugeben.

In der Spezialdebatte werden von den Abgeordneten Fragen zu den einzelnen Haushaltsgruppen gestellt, die durch die anwesenden Regierungsmitglieder und Expertinnen und Experten des Amtes per Videokonferenz beantwortet werden.

#### Haushaltsgruppe 7: Wirtschaftsförderung

Die Haushaltsgruppe 7 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 63.633.382,94 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 70.004.592,58 mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

#### Haushaltsgruppe 8: Dienstleistungen

Die Haushaltsgruppe 8 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 36.046,59 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von plus € 266.466,56 mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

### Haushaltsgruppe 9: Finanzwirtschaft

Die Haushaltsgruppe 9 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von plus € 1.256.386.944,43 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von plus € 1.151.004.663,64 mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

### Haushaltsgruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Die Haushaltsgruppe 1 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 8.055.677,69 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 6.838.263,08 mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

### Haushaltsgruppe 0: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

Die Haushaltsgruppe 0 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 553.541.491,70 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 239.375.596,46 mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

### Haushaltsgruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

Die Haushaltsgruppe 2 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 165.611.964,06 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 145.849.288,00 mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

### Haushaltsgruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus

Die Haushaltsgruppe 3 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 48.522.040,23 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 44.940.545,72 mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

#### Haushaltsgruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Abg. Dr. Schöppl bringt für die FPÖ folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, beim Heizkostenzuschuss einen niederschweligen Zugang hinsichtlich der Einkommensgrenzen sowie eine unbürokratische Beantragung einzuführen und die Zugangsvoraussetzungen für die Beantragung zu reformieren.

Dieser Entschließungsantrag wird in der Diskussion modifiziert und als Prüfantrag einstimmig angenommen:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob beim Heizkostenzuschuss ein niederschwelliger Zugang hinsichtlich der Einkommensgrenzen eingeführt werden kann und die Zugangsvoraussetzungen für die Beantragung reformiert werden können.

Die Haushaltsgruppe 4 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 185.621.967,03 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von plus € 3.251.513,28 mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

#### Haushaltsgruppe 5: Gesundheit

Abg. Stöllner bringt für die FPÖ folgenden Entschließungsantrag ein, der mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - abgelehnt wird:

Der Landeshauptmann von Salzburg wird aus Gründen der Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer beauftragt, die Verordnung vom 2. März 2015, mit der eine immissionsabhängige Geschwindigkeitsbeschränkung für eine Teilstrecke der West Autobahn angeordnet wird (West Autobahn-Geschwindigkeitsbeschränkungsverordnung 2015) dahingehend abzuändern, sodass das bisherige IG-L-Tempolimit 80 km/h für PKW auf 100 km/h mit Inkrafttreten zum 1. Jänner 2021 angehoben wird.

Abg. Dr.<sup>in</sup> Dollinger bringt für die SPÖ folgenden Entschließungsantrag ein, der mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - abgelehnt wird:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein landesweites Konzept zum Ausbau der Plätze in den Tierschutzeinrichtungen vorzulegen und die Finanzierung zu sichern.

Die Haushaltsgruppe 5 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 517.268.282,53 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 386.517.605,71 mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

#### Haushaltsgruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Die Haushaltsgruppe 6 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 156.113.357,48 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 143.618.279,26 mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2019 weist folgende Gesamtbeträge aus:

im Ergebnishaushalt:

Erträge in Höhe von € 2.816.273.991,79

Aufwendungen in Höhe von € 3.258.291.257,61

somit ein Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 442.017.265,82 sowie

im Finanzierungshaushalt:

Auszahlungen:

Operative Gebarung € 2.350.296.483,13

Investive Gebarung € 323.958.445,89

Finanzierungstätigkeit € 131.575.940,84 gesamt € 2.805.830.869,86

Einzahlungen:

Operative Gebarung € 2.686.308.970,46

Investive Gebarung € 236.696.089,21

Finanzierungstätigkeit € 204.282,86 gesamt € 2.923.209.342,53

somit einen Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von plus € 117.378.472,67.

Unter Berücksichtigung der voranschlagsunwirksamen Gebarung mit

Einzahlungen in Höhe von € 1.417.796.067,49 und

Auszahlungen in Höhe von € 1.420.968.979,60

ergibt sich somit ein Zahlungsmittelsaldo von insgesamt plus € 114.205.560,56.

Unter Berücksichtigung des Anfangsbestandes an liquiden Mitteln in Höhe von € 292.130.065,79 ergibt sich somit ein Endbestand an liquiden Mitteln Ende 2019 in Höhe von € 406.335.626,35.

Der Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2019 wird mit den vorstehenden Gesamtbeträgen mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2019 wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Finanzüberwachungsausschuss und der Finanzausschuss stellen mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ, FPÖ - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Dem Rechnungsabschluss des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2019 wird gemäß Artikel 45 des Salzburger Landes-Verfassungsgesetzes 1999 (L-VG) die Genehmigung erteilt. Nach erfolgter Beschlussfassung im Landtag ist der Rechnungsabschluss im Internet öffentlich zugänglich zu machen.

Salzburg, am 24. Juni 2020

Der Vorsitzende und  
Verhandlungsleiter:  
Mag. Mayer eh.

Der Berichterstatter:  
Pfeifenberger eh.

**Beschluss des Salzburger Landtages vom 8. Juli 2020:**

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.